

Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz

Von Dr. Franz Lütolf, St. Gallen

Vortrag, gehalten im Rahmen der Studiengruppe für Theoretische Nationalökonomie
an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft
am 11. Mai 1956 in Eribourg

Die Entwicklung der Bevölkerung und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft unseres Landes haben bis in die letzten Jahre kaum das Interesse der Nationalökonomien zu wecken gewusst. Erst als seit Ende 1954 das Eidgenössische Statistische Amt mit offiziellen Schätzungen über die schweizerische Bevölkerung und ihren künftigen Altersaufbau bis zum Jahre 1970 an die Öffentlichkeit getreten ist, hat sich auch die schweizerische Wirtschaftswissenschaft mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen begonnen.

Die offizielle Vorausberechnung unterscheidet drei Varianten der schweizerischen Bevölkerungsentwicklung, von denen wir die Variante 3 als die uns am wahrscheinlichsten erscheinende herausgreifen. Ihr liegen folgende Annahmen zugrunde: eine starke künftige Sterblichkeitsabnahme; eine hohe Geburtenhäufigkeit; keine Wanderung. Nach dieser Variante wird sich die schweizerische Bevölkerung von 1950 bis 1970 folgendermassen verändern: die gesamte Wohnbevölkerung wird um 15 % zunehmen. Die Zunahme der aktiven Bevölkerung, also der 20–64jährigen wird jedoch bloss 7,5 % betragen, während die Zahl der über 65jährigen um volle 61 % wachsen wird. Schliesslich werden 16 % mehr Jugendliche (bis 20jährige) in der Schweiz wohnen.

Das hervorstechendste Merkmal dieser mutmasslichen Entwicklung ist also nicht das Wachstum der gesamten Bevölkerung, dieses hält sich mit 15 % in normalem Rahmen und wird kaum umwälzende wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen, sondern es ist die *ausgeprägte Überalterung*, die wir zu erwarten haben. Vereinfacht ausgedrückt, können wir sagen, dass in den nächsten 15 Jahren zunehmend mehr Leute ernährt werden sollen, während die Zahl der voraussichtlich Erwerbstätigen, relativ gesehen, zurückgehen wird. Dies ist zweifellos eine Erscheinung, die ihre Rückwirkungen auf die Wirtschaft haben muss, und es stellt sich die Frage, ob darüber etwas ausgesagt werden kann.

In einem Artikel in der «Industriellen Organisation»¹ hat sich bereits F. Kneschaurek mit diesem Problem beschäftigt. Die Resultate seiner Unter-

¹ Februar 1956.

suchungen können folgendermassen zusammengefasst werden: um die bisher erzielte Erhöhung unseres Realeinkommens auch in den nächsten 10–15 Jahren zu verwirklichen, muss, wenn wir annehmen, dass in Zukunft die durchschnittliche Arbeitszeit in der Schweiz um 10 % verkürzt wird, die Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde im Durchschnitt um rund 55 % steigen. Es wird also nach diesen Berechnungen nur dann möglich sein, unseren Lebensstandard im gleichen Masse wie bisher zu erhöhen¹, wenn die voraussichtlich relativ sinkende Zahl der Erwerbstätigen durch eine entsprechende Steigerung der Produktionsleistung kompensiert wird. Diese Schätzungen rücken also dem Problem von der *Produktionsseite* her auf den Leib, und sie können dann Anspruch auf Richtigkeit erheben, wenn angenommen werden kann, dass sich die Nachfrageseite nicht verändert. Nur wenn sich die Nachfrage entsprechend der *Gesamtbevölkerung*, unabhängig von ihrem künftigen Altersaufbau, verändert, wäre unter den von *Kneschaurek* unterstellten Prämissen eine 55prozentige Produktivitätssteigerung notwendig. Nun wird aber die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung nicht nur das Produktionsvolumen beeinflussen, sondern sie wird aller Voraussicht nach auch einen Einfluss auf die *Nachfrageseite* ausüben. Entsprechend den zwei Märkten, auf denen unsere Produkte Absatz finden, dem Export- und dem Binnenmarkt, müssen wir von diesen zwei Seiten her an das Problem herantreten.

Beginnen wir mit dem *Export*. Fast ein Drittel unserer gesamten Produktion geht ins Ausland, während wir umgekehrt wertmässig eine etwas kleinere Güter- und Dienstleistungsmenge vom Ausland beziehen. Im Lichte der in die Zukunft projizierten Veränderung der Struktur unserer Bevölkerung könnte man nun zunächst zu folgendem Schluss gelangen: sinken die erwerbstätige Bevölkerung und die Arbeitszeit, und gelingt es nicht, eine Kompensation in einer gestiegenen Produktivität zu finden, dann muss auch unser Exportvolumen zurückgehen. Da wir aber unter den bisherigen Annahmen nur in dem Masse importieren können als wir exportieren, würde aus dem rückgängigen Export eine geringere Importmenge resultieren, d. h. es stände uns eine niedrigere Gesamtgütermenge zur Verfügung; unser Wohlstand würde also eine Einbusse erleiden.

Gegenüber einer solchen Argumentation sind jedoch zwei Vorbehalte anzubringen. Erstens ist es möglich, unser Importvolumen aufrecht zu erhalten, auch wenn unsere Exportmengen sinken, und zwar dadurch, dass wir unsere *Währungsreserven* einsetzen. Wir können anstelle von Waren Gold und Dollars an unsere Lieferanten im Ausland abgeben und so den Warenstrom aus dem Ausland aufrecht erhalten. Im Endeffekt erfreuten wir uns somit eines unveränderten Wohlstandes trotz gesunkener Produktion und niedriger Exportmengen. Es liegt indessen auf der Hand, dass der Einsatz der Währungsreserven sowohl quantitativ wie temporär beschränkt bleiben muss. Aber immerhin, während einer gewissen Zeit ist damit eine Möglichkeit gegeben, die man nicht

¹ Wenn hier und im folgenden von einer Erhöhung des Lebensstandards oder von einer Wohlstandshebung die Rede ist, dann verstehen wir darunter lediglich eine Erhöhung des unserem Lande zur Verfügung stehenden Gütervolumens. Die Probleme, die sich im Hinblick auf die Verteilung dieser Gütermenge ergeben, müssen in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben.

unterschätzen sollte, ganz besonders dann nicht, wenn ein Land, wie das bei uns der Fall ist, sehr hohe Währungsreserven besitzt. Zudem wäre es denkbar, dass ein solcher Abfluss von Währungsreserven durch steigenden Zustrom ausländischen Kapitals bzw. durch sinkenden eigenen Kapitalexport kompensiert werden könnte. Man sieht daraus, dass eine noch stärkere Passivierung unserer Handelsbilanz bis zu einem gewissen Grade sehr wohl tragbar wäre und nicht zu unmittelbaren Besorgnissen Anlass geben müsste.

Von grösserer Bedeutung jedoch als der Einsatz von Währungsreserven ist eine zweite Möglichkeit. Sie berührt das *Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen*, die *terms of trade*. Ein sinkendes Exportvolumen hat nämlich nur dann eine geringere Importkapazität zur Folge, wenn die internationalen Preisverhältnisse gleich bleiben. Dafür aber besteht natürlich keine Gewähr. Im Gegenteil, die ausländische Nachfrage nach unseren Produkten richtet sich nach Faktoren, die direkt nichts mit unserem Angebot an Exportgütern und damit direkt nichts mit unserer Bevölkerungsentwicklung zu tun haben. Diese Nachfrage ist vielmehr u. a. eine Funktion der Einkommensentwicklung im Ausland und zugleich eine Funktion der *ausländischen* Bevölkerungsbewegung. Wenn somit unser Exportangebot mengenmässig sinkt und parallel dazu die Nachfrage des Auslandes nach unseren Produkten sich vermindert, so dass also die Preise gleich bleiben, dann beruht eine solche Parallelität grösstenteils auf Zufall. Ein direkter Kausalzusammenhang zwischen diesen beiden Grössen besteht nicht. Es ist demnach durchaus möglich, dass bei sinkenden Exportmengen die Preise für unsere Exportgüter steigen, dass sich also das Realaustauschverhältnis zu unseren Gunsten verändert. In diesem Fall würde unsere Importkapazität gleichbleiben, ja möglicherweise sogar steigen, obwohl unser Exportvolumen auf Grund einer niedrigeren Produktion zurückginge. Die Frage, wie sich der Aussenhandel tatsächlich entwickeln wird, wenn unsere erwerbstätige Bevölkerung sinkt und dadurch das Produktionsvolumen zurückgeht, ist daher durchaus offen. Es kann lediglich gesagt werden, dass im Falle des Anhaltens der internationalen Hochkonjunktur die Wahrscheinlichkeit grösser ist, dass unsere Exportpreise im Verhältnis zu den Importpreisen tendentiell steigen, als dass sie sinken.

Damit kommen wir zur zweiten Komponente der Nachfrage nach unseren Produkten, der *Binnennachfrage*. Auf den ersten Blick scheint es möglich, darüber etwas Genaueres auszusagen, hängt doch die Binnennachfrage, im Gegensatz zum Export, von der Entwicklung in unserem eigenen Lande ab, und *ein* wichtiger Faktor dafür ist zweifellos die Bevölkerungsbewegung. Dennoch ist es keineswegs leicht, quantitative Aussagen über die künftige Binnennachfrage zu machen, und zwar aus zwei Gründen. Einmal hängt sie im Hinblick auf fast alle Produkte von der Entwicklung des Einkommens ab, und zweitens wird sie weitgehend von den Konsumgewohnheiten bestimmt, die im Verlauf der Jahre stark ändern können. Über die künftige Entwicklung dieser beiden Grössen aber lässt sich etwas sicheres nicht aussagen. Will man sich nicht auf Schätzungen darüber einlassen, dann bleibt nur übrig, anzunehmen, dass Einkommen und Konsumgewohnheiten konstant bleiben. Dies sind denn auch die beiden wichtigsten Prämissen, von denen im folgenden ausgegangen werden muss, und es sei hier

mit allem Nachdruck auf diese wie noch weitere zu unterstellende Voraussetzungen aufmerksam gemacht.

Die zwei Komponenten der Binnennachfrage, die im folgenden behandelt werden sollen, sind die Nachfrage nach *Wohnungen* und nach *Nahrungsmitteln*. Es kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, dass der Bedarf für diese beiden Konsumgüter in relativ starkem Masse von der Bevölkerungsbewegung und weniger von der Einkommensentwicklung oder andern unvorhersehbaren Faktoren abhängt.

Die Vorausberechnung des *Wohnungsbedarfs* stützt sich auf die Erfahrungsformel des früheren Delegierten für Arbeitsbeschaffung. Auf Grund der offiziellen Schätzungen über die Bevölkerungsentwicklung ist es anhand dieser Formel möglich, den künftigen Zuwachs an Haushaltungen zu berechnen. Die Formel lautet:

$$\begin{aligned} \text{Haushaltungszuwachs} &= 80 \% \text{ der Eheschliessungen} \\ &+ 10 \% \text{ des Wanderungsgewinnes bzw. -verlustes} \\ &- 15 \% \text{ der Todesfälle von 30-50jährigen} \\ &- 37 \% \text{ der Todesfälle von über 50jährigen. }^1 \end{aligned}$$

Um auf jeden Fall den künftigen Haushaltungszuwachs nicht zu gering zu veranschlagen, haben wir (statt 80 %) 82 % der Eheschliessungen in unsere Rechnung eingesetzt.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass seit dem Zweiten Weltkrieg auf Grund der anhaltenden Hochkonjunktur eine zunehmend steigende Zahl von Ledigen dazu übergegangen ist, eine eigene Wohnung zu beziehen. Dieser Tatsache trägt die obige Formel nicht Rechnung. Wir haben daher zu dem nach der erwähnten Formel berechneten Haushaltungszuwachs 8 % geschlagen, in der Annahme, dass sich der Wohnungsbedarf der Ledigen ungefähr in dieser Grössenordnung halten wird.

Anderseits wurde eine Grösse, nämlich der Wanderungsgewinn bzw. -verlust, die in der Formel des Delegierten für Arbeitsbeschaffung enthalten ist, in unseren Berechnungen nicht berücksichtigt. Eine Schätzung dieser Variablen ist mit einer unverhältnismässig grossen Zahl von Fehlerquellen verbunden, so dass darauf verzichtet wurde. Dieses Vorgehen ist umso berechtigter, als es nach den bisherigen Erfahrungen scheint, dass ein allfälliger Wanderungsgewinn bzw. -verlust die künftige Zuwachsrate nicht wesentlich zu beeinflussen vermöchte.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Faktoren zeigt der voraussichtliche Haushaltungszuwachs, der dem Wohnungsbedarf gleichgesetzt werden kann, folgendes Bild:

1955	17 650 Einheiten
1960	15 940 »
1965	17 430 »
1970	20 620 » ²

¹ Mitteilungsblatt des Delegierten für Arbeitsbeschaffung, Heft 3, 1948.

² Vgl. dazu M. Iklé, Perspektiven der Bauwirtschaft, Mitteilungsblatt des Delegierten für Arbeitsbeschaffung, März 1955; F. Kneschaurek, Struktur und Entwicklung der Wohnbautätigkeit in der Schweiz, Wirtschaft und Recht, Heft 1, 1956; Schweizerische Bankgesellschaft, Bevölkerungsprobleme der Schweiz, Juli 1955.

Auch wenn man die Richtigkeit dieser Schätzungen im einzelnen bezweifelt, so drängt sich doch ein wichtiger Schluss auf: der künftige Bedarf an neuen Wohnungen ist ganz bedeutend kleiner als das gegenwärtige Produktionsvolumen. Zu diesem Ergebnis gelangt man unabhängig vom Problem der Altwohnungen, das in diesem Zusammenhang nicht zur Diskussion steht. Setzt man nämlich für 1955 als Produktionsvolumen die Zahl von 30 000 Wohnungen ein (in Wirklichkeit waren es über 31 000), so zeigt ein Vergleich mit den obigen Bedarfszahlen eine beträchtliche Differenz. Gegenüber der Zahl der erstellten Wohnungen im Jahre 1955 wird sich nämlich künftig ein Minderbedarf ergeben, der 1960 mit 47 % am höchsten sein wird. Bis 1965 dürfte dieser Minderbedarf noch 42 % und bis 1970 noch 33 % betragen. Der bis 1960 stark rückgängige Bedarf macht also gegen Ende der Betrachtungsperiode einem Mehrbedarf Platz, der allerdings noch beträchtlich unter dem heutigen Produktionsvolumen liegt.

Geht man von der weiteren Annahme aus, dass in den Jahren 1955–56 der Nachholbedarf auf dem Wohnungsmarkt gedeckt sein wird, dass also eine über das angegebene Mass hinaus gehende Wohnungsproduktion eine Überproduktion bedeutet, dann drängt sich der Schluss auf, dass in den nächsten Jahren mit einer Abnahme der Wohnbautätigkeit zu rechnen ist. Gleichzeitig muss damit eine Freisetzung von Arbeitskräften verbunden sein. Gegenwärtig sind rund 100 000 Arbeiter (inkl. die fremden Arbeitskräfte) im Wohnungsbau beschäftigt. Nimmt man an, dass in Zukunft die Erstellung von Wohnungen mehr oder weniger genau auf das Ausmass zurückgeht, das durch die mutmassliche künftige Nachfrage gesetzt ist, dann müssten unter den erwähnten Bedingungen Arbeiterfreisetzungen eintreten, die sich bis 1970 auf zwischen 35 000–50 000 belaufen würden.

Es sei hier ausdrücklich vermerkt, dass diese Berechnungen ausschliesslich den Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf den Wohnungsbedarf berücksichtigen.

Dass für die freiwerdenden Arbeitskräfte wahrscheinlich Ausweichmöglichkeiten in andern Sparten des Baugewerbes geschaffen werden, und dass weiter ein grosser Teil der im Baugewerbe Beschäftigten Fremdarbeiter sind, die zur Heimkehr in ihr Ursprungsland angehalten werden können, ist von einem allgemeinen konjunkturpolitischen Gesichtspunkt aus höchst bedeutungsvoll, beseitigt aber die Tatsache nicht, dass im Sektor des privaten Wohnungsbaues ein Rückgang wahrscheinlich ist.

Ob sich aber dieser voraussichtliche Rückgang in den angegebenen Grenzen halten wird, ist eine noch offene Frage. Es besteht nämlich keine Gewähr dafür, dass die Bauunternehmer sich darauf beschränken werden, angesichts des weniger grossen Bedarfes an Wohnungen das Bauvolumen bloss im Ausmass der mutmasslichen Überproduktion einzudämmen. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt, dass es sich bei der Bauwirtschaft um einen ausgesprochen zyklisch agierenden Wirtschaftszweig handelt, der bei einem Überbedarf überinvestiert, bei einem Unterbedarf aber das Produktionsvolumen mehr als notwendig einschränkt. Sofern sich diese Grundtendenz auch in den nächsten Jahren durchsetzt, ist mit einer noch massiveren Eindämmung des Wohnungsangebotes zu rechnen. Dies würde eine rückgängige Wohnbaukonjunktur akzentuieren und noch mehr Ar-

beitskräfte freisetzen. Vor allem aber ist der wahrscheinliche Einfluss auf die Komplementärindustrien nicht zu unterschätzen. Eine rückgängige Wohnbautätigkeit wird diese Branchen in nicht unbeträchtlichem Masse in Mitleidenschaft ziehen.

Ein zweiter Sektor, der weitgehend von der Bevölkerungsbewegung abhängt, ist die Nachfrage nach *Nahrungsmitteln*. Hier liegen die Dinge gerade umgekehrt als beim Wohnungsbedarf. Der künftige Verbrauch an pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln wird entsprechend der wachsenden Bevölkerung zunehmen. Unter Verwendung der in den offiziellen Haushaltrechnungen gebräuchlichen Konsumeinheiten-Skala und wiederum unter der Annahme, dass sich die Einkommenssituation und die Konsumgewohnheiten nicht wesentlich verändern, gelangt man zu folgendem künftigem Verbrauch an Nahrungsmitteln gegenüber der Periode 1950–1955:

1950–1955	100 %
1955–1960	103,54 %
1960–1965	107,73 %
1965–1970	112,14 % ¹

Sehr viel schwieriger ist es, die künftige Produktion von Nahrungsmitteln zu berechnen. Ganz abgesehen von der Preisentwicklung, die vielfach ausschlaggebend ist, spielen eine Reihe von andern Faktoren eine Rolle, so dass es kaum einen Sinn hätte, die Produktion ausschliesslich im Lichte der künftigen Bevölkerungsbewegung zu untersuchen; es ergäbe dies ein zu wirklichkeitsfremdes Bild. Neben der mutmasslichen Veränderung der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen auf Grund der zu erwartenden Bevölkerungsbewegung werden daher noch folgende Faktoren in Berücksichtigung gezogen: 1. die wahrscheinliche Reduktion der Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen auf Grund der Landflucht; 2. die voraussichtliche Reduktion des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, und 3. die wahrscheinliche Zunahme der Produktivität in der Landwirtschaft.

Um die Berufstätigen in der Landwirtschaft zu erhalten, wurde auf die offiziellen Statistiken der Jahre 1941 und 1950 sowie auf eine Anzahl von Äusserungen kompetenter Persönlichkeiten abgestellt. Danach verliessen zwischen 1941 und 1950 53 000 Arbeitskräfte die Landwirtschaft. Bis zu einem gewissen Grade wurde dieser Verlust allerdings durch den Beizug ausländischer Saisonarbeiter wettgemacht. Diese Saisonarbeiter, die, weil sie während der Sommermonate in der Schweiz Beschäftigung finden, in der Volkszählungsstatistik mit Stichtag im Dezember nicht erfasst sind, werden auch in den folgenden Berechnungen ausgeschlossen. Ihre Berücksichtigung, unter der Annahme, dass im bisherigen

¹ Die Berechnung dieser Zunahme des Nahrungsmittelbedarfes beruht auf dem durchschnittlichen Verbrauch der Jahre 1950–1954 und der zu erwartenden Bevölkerungsbewegung bis 1970. Die Zahlen beziehen sich auf Jahresdurchschnitte für die angegebenen Fünfjahresperioden. Da der Mann mit 19 Jahren bereits sein Maximum mit 1,0 Konsumeinheiten, die Frau im selben Alter ihr Maximum mit 0,8 Einheiten erreicht, ergibt sich bei einer Zunahme der Bevölkerung bis 1970 um rund 15% bloss eine solche des Nahrungsmittelkonsums um etwas mehr als 12%.

Ausmass fremde Saisonarbeiter für die schweizerische Landwirtschaft gewonnen werden können, würde die Produktionszahlen zwar um einige Prozente heben, am Resultat grundsätzlich jedoch nichts ändern.

Sollte die Landwirtschaft weiterhin Arbeitskräfte verlieren wie in den Jahren 1941–1950, dann würden sich die Zahlen der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen wie folgt senken:

1955–1960	durchschnittlich	271 000	Arbeitskräfte
1960–1965	»	239 000	»
1965–1970	»	210 000	» ¹

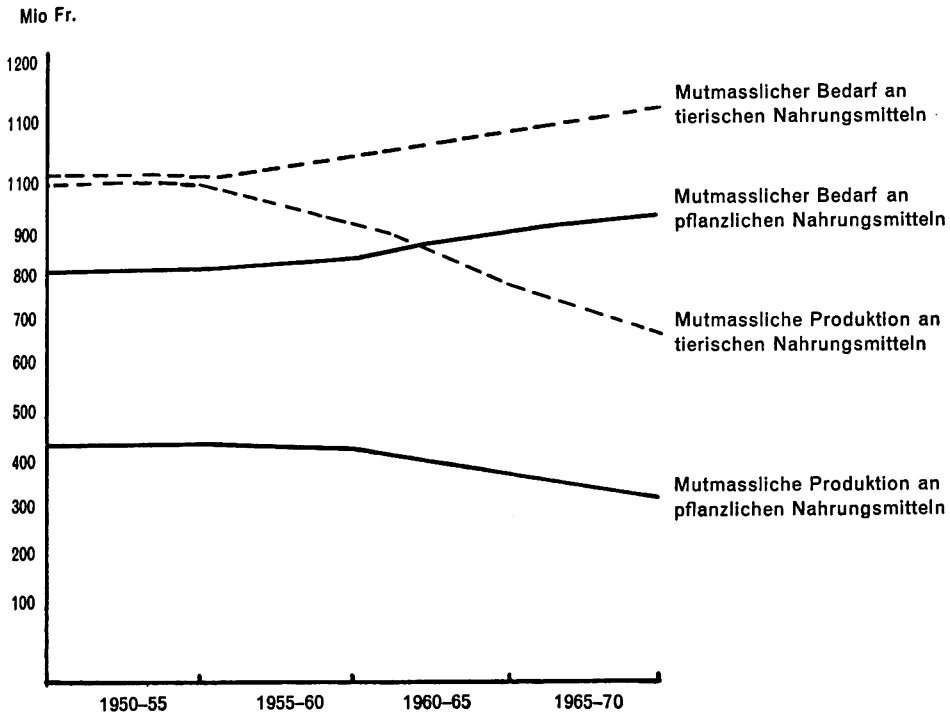
Die jährliche Abnahme des der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Bodens, als Folge von Überbauung und Errichtung und Verbreiterung von Strassen- und Bahnanlagen, beträgt 3000 ha. Bei der Berechnung der Nahrungsmittelproduktion wurde angenommen, dass das ganze Gewicht dieser Reduktion auf die Herstellung von tierischen Nahrungsmitteln fällt, während umgekehrt vorausgesetzt wurde, dass die für den Pflanzenbau verfügbare Bodenfläche konstant bleibt. Daraus erklärt sich die Tatsache, dass die Produktionskurve für die tierischen Nahrungsmittel wesentlich stärker fällt als diejenige für den Pflanzenbau. Als Begründung für diese Gewichtsverteilung kann auf die bundesrätliche Empfehlung zur Ausdehnung des offenen Ackerlandes und auf die tatsächlichen Bemühungen der Landwirtschaft in dieser Richtung hingewiesen werden. Die Ausdehnung des nutzbaren Bodens für den Pflanzenbau dürfte somit den laufenden Verlust infolge Überbauungen usw. kompensieren.

Auch in der Landwirtschaft darf für die nächsten Jahre eine nochmalige Hebung der Produktivität in Rechnung gestellt werden. Eine auch nur einigermaßen zuverlässige Schätzung dieser Grösse ist aber kaum möglich, nicht zuletzt darum, weil starke regionale Unterschiede bestehen, die sich in Zukunft eher noch vergrössern dürften. Um auf jeden Fall nicht zu tief zu greifen, wurde die künftige Produktivitätssteigerung der tierischen und pflanzlichen Produktion auf jährlich durchschnittlich 2% veranschlagt. Unter Berücksichtigung aller dieser Faktoren ergibt sich folgendes Bild der mutmasslichen Entwicklung.

Aus der folgenden Graphik geht deutlich die gegenläufige Entwicklung des mutmasslichen Bedarfes und der mutmasslichen Produktion auf dem Nahrungsmittelsektor hervor. Gesamthaft gesehen dürfte dies in der Richtung einer Abschwächung der die Landwirtschaft belastenden Überschussprobleme wirken. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Kurven durchschnittliche Globalwerte für verhältnismässig lange Perioden zum Ausdruck bringen, dass sich also nach wie vor bei einzelnen Gütern Überschüsse ergeben können.

¹ Der Rückgang wäre bedeutend geringer, wenn angenommen werden könnte, dass sich der Aderlass zwischen 1941 und 1950, also der Periode, die wir als Ausgangspunkt gewählt haben, ungefähr gleichmässig auf diese Jahre verteilt hätte. In Wirklichkeit konzentrierte sich aber diese Abwanderung zur Hauptsache auf die Nachkriegsjahre, also auf eine wesentlich kürzere Periode. Aus diesem Grunde ergeben sich verhältnismässig grosse Verlustzahlen für die in die Betrachtung einbezogenen künftigen Fünfjahresperioden.

Voraussichtlicher Bedarf und voraussichtliche Produktion von Nahrungsmitteln
(Jahresdurchschnitte für Fünfjahresperioden zu konstanten Preisen des Jahres 1939)¹



Die obigen Ausführungen können wie folgt zusammengefasst werden: es wurde erstens zu zeigen versucht, dass unser Wohlstand, wenn wir ihn an dem unserer Wirtschaft zur Verfügung stehenden Gütervolumen messen, nach wie vor in hohem Masse von der Entwicklung unseres *Aussenhandels* abhängt. Es ist natürlich richtig, dass wir umso mehr exportieren können, je mehr wir produzieren, und dass wir umso mehr zu importieren imstande sind, je mehr wir exportieren. Insofern muss ein relativer Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung, der nicht durch eine entsprechende Produktivitätssteigerung kompensiert wird, zu einer Wohlstandsverminderung führen. Andererseits aber hängt die ausländische Nachfrage nach unseren Produkten zu einem geringen Teil vom Gütervolumen,

¹ Den Berechnungen des künftigen Bedarfs und der künftigen Produktion von Nahrungsmitteln wurden die entsprechenden Durchschnittszahlen der Jahre 1950-1954 zugrunde gelegt. Um die beiden Zahlenreihen vergleichen zu können, haben wir sie in Werte zu konstanten Preisen des Jahres 1939 umgerechnet. Die den Berechnungen zugrunde liegenden Zahlen sind folgenden Quellen entnommen: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1954; Statistische Erhebungen und Schätzungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, Brugg 1955; Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Landwirtschaftspolitik des Bundes und die Lage der schweizerischen Landwirtschaft, Bundesblatt Nr. 6 (9. Februar 1956).

das wir herstellen, ab, sondern es spielen dabei die Einkommensentwicklung und allenfalls die Bevölkerungsbewegung in unseren Kundenländern eine viel bedeutendere Rolle. Diese Faktoren aber sind unabhängig von der Entwicklung unserer Bevölkerung, ja sie sind weitgehend unseren sonstigen Einflussmöglichkeiten entzogen. Das bedeutet, dass wir nicht ohne weiteres von einer relativ geringeren Produktion auf eine Wohlstandsverminderung schliessen dürfen.

Sofern, was den Binnenmarkt anbetrifft, die aufgezeigte mutmassliche Entwicklung auf dem Wohnungs- und Nahrungsmittelmarkt typisch ist für die Konsequenzen der Bevölkerungsbewegung auf die gesamte Binnennachfrage, muss in den nächsten 10–15 Jahren gleichzeitig mit Nachfragerückgängen und Nachfragesteigerungen auf den Binnenmärkten gerechnet werden. Das heisst, dass es Produktionszweige geben wird, die stagnieren oder deren Produktion sogar eindeutig rückgängig sein wird. In diesen Industrien muss es zur Freisetzung von Arbeitskräften kommen. Der private Wohnungsbau ist ein Beispiel dafür. Anderseits wird es Produktionssektoren geben, die auf eine vermehrte Nachfrage zählen können. Wir haben als Beispiel die Landwirtschaft erwähnt. Dort wird sich auf Grund der relativ abnehmenden Zahl der Erwerbstätigen ein noch grösserer Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen, als er heute schon besteht.

Es muss daher für die nächsten 10–15 Jahre allein auf Grund der aufgezeigten Bevölkerungsentwicklung mit Friktionsstörungen gerechnet werden, die sehr wohl mit partieller Überbeschäftigung auf der einen und partieller Unterbeschäftigung auf der andern Seite verbunden sein können und die in Zukunft an die Stelle der seit Kriegsende beobachteten generellen Überbeschäftigung treten dürften.